

Herrn Ministerpräsident Hendrik Wüst

Postfach 10 11 43,
40002 Düsseldorf

Betreff: Gefährdung Ihrer nachvollziehbaren Ziele zum Klimaschutz und zur Energiewende durch den Bau einer geplanten einzelnen Windkraftanlage in Köln

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Wüst,

mit diesem Schreiben, das u.a. auch zuständigen kommunalen Gremien, im Landtag vertretenen Parteien sowie regionalen Medien zur Kenntnis gebracht wird, wenden wir uns mit einem dringenden Anliegen an Sie. Wir, die Bürgerinitiative Köln-Stammheim, wenden uns an Sie persönlich mit einem dringenden Anliegen. Wir sehen durch ein Projekt, das die Stadtentwässerungsbetriebe Köln (StEB Köln) auf Biegen und Brechen - ohne das dafür dringend erforderliche Augenmaß - durchsetzen wollen, nicht nur den sozialen Frieden vor Ort, sondern **die allgemeine Akzeptanz von erforderlichen und sinnvollen Maßnahmen zur Energiewende massiv gefährdet**. Dies betrifft damit auch **Ihre nachvollziehbaren Ziele zum Klimaschutz und zur Energiewende**.

Worum geht es?

Die StEB Köln planen im Rahmen eines Projekts u.a. die Errichtung einer 150 Meter hohen Windkraftanlage (WKA) in Köln Stammheim. Sie soll dort auf dem Betriebsgelände der StEB in einem ohnehin bereits durch Lärm, Geruchsbelästigung, Verkehr etc. **übermäßig stark belasteten Gebiet in Köln in unmittelbarer Nähe**

- zur **Wohnbebauung**
- zum **Hochwasserschutz-Deich**
- zu einem elementaren **Naherholungsgebiet**, das das **Naturschutzgebiet** „Flittarder Rheinaue“, **Biotope** und den **denkmalgeschützten Schlosspark Stammheim** umfasst,

in einem vereinfachten Verfahren errichtet werden.

Eine WKA am geplanten Standort ist nicht akzeptabel. Sie **gefährdet** dort massiv die **Natur**. Da z.B. ein Kippen der WKA, ein Rotorblattbruch oder auch ein Brand der Anlage nie völlig ausgeschlossen werden kann, besteht dort auch u.E. eine letztendlich nicht vertretbare **Gefährdung von Menschen** (Personen auf dem Gelände der StEB, Anwohner, Besucher, Spaziergänger, Radfahrer auf dem Hochwasserschutzdeich oder im Naherholungsgebiet) oder **der sensiblen Infrastruktur** (Klärwerk, Deich). Auch die Lebensqualität und das Wohlbefinden von Anwohnern in Köln-Stammheim und Köln-Flittard sowie die Qualität des kleinen Naherholungsgebietes würde durch den Bau einer WKA völlig unnötig weiter eingeschränkt. Aufgrund denkbarer **Alternativen** beim Bezug erneuerbarer Energien braucht die StEB nämlich das Windrad nicht, um einen bedeutsamen Beitrag zur Energiewende zu erbringen. **Gefährdungen oder Belastungen von Menschen und Natur sind somit vermeidbar. Das Windrad ist an diesem Ort überflüssig.**

Vor diesem Hintergrund haben wir in einer 18-seitigen Stellungnahme bei der für die Baugenehmigung zuständigen Bezirksregierung Köln **Einwendungen / Einspruch gegen eine etwaige Anwendung des vereinfachten Verfahrens** erhoben und detailliert begründet.

Warum ist die Prüfung einer Baugenehmigung in einem vereinfachten Verfahren unzureichend?

Der Bau einer WEA ist Teil eines umfassenden Projekts der StEB, das in einem engen konzeptionellen Zusammenhang mit weiteren bereits realisierten, sich im Bau befindlichen oder geplanten energetischen Infrastrukturmaßnahmen der StEB auf dem Klärwerksgelände (Photovoltaikanlage, Biogasanlage inkl. Erweiterung, Dükerbau, Klärwerkserweiterung (Stufe 4), Co-Fermentierung, Forschungsprojekt FlexAqua) steht. Diese Maßnahmen werden von der StEB unabhängig voneinander einzeln verfolgt, beantragt und umgesetzt. **Es fehlt eine Gesamtbetrachtung und Bewertung dieser Maßnahmen.** Mittels der scheinweisen Beantragung und Umsetzung der dazu erforderlichen Schritte soll nach unserer Überzeugung damit eine eigentlich **zwingende Durchführung einer umfassenden Umweltverträglichkeitsprüfung** inklusive der dringend erforderlichen Gesamtbetrachtung aller Maßnahmen **zu Lasten der Stadtteile Stammheim und Flittard umgangen werden.**

Es zeigt sich u. E., dass sich die StEB im Rahmen dieser „Salomitaktik“ unbemerkt von einem reinen Klärwerk zu einem Energielieferanten oder sogar Energieerzeuger entwickelt. Daher ist die WKA, wenn man sie im Zusammenhang mit den o.g. anderen energetischen Maßnahmen der StEB bewertet, nach unserer Einschätzung auch **keine Nebenanlage** des Klärwerks nach dem Baugesetzbuch. Eine Baugenehmigung dürfte daher wegen **fehlender bauplanungsrechtlicher Zulässigkeit** nicht erteilt werden.

Unabhängig davon befürchten wir zudem, dass aufgrund der vielfältigen Aktivitäten auf dem Betriebsgelände der StEB aufgrund einer von der WKA (z.B. durch Blitzschlag) ausgehenden erhöhten Brandgefahr in einer Umgebung, in der sich Schule und Kita befinden und im näheren Umkreis von ca. 1,8 Kilometern ca. 20.000 Menschen leben, das Großklärwerk Köln-Stammheim als **Störfallbetrieb** zu klassifizieren ist und die dazu erforderlichen Schutzmaßnahmen bislang **nicht** berücksichtigt worden sind.

Die Bezirksregierung hat uns inzwischen mitgeteilt, dass die StEB beabsichtigen, den Antrag gegen Ende des Jahres 2025 einzureichen. Die Bezirksregierung beabsichtigt die Bürgerinitiative an dem Genehmigungsverfahren gemäß § 13 Abs. 2 Verwaltungsverfahrensgesetz NRW zu beteiligen. Dies bedeutet, dass wir die Antragsunterlagen digital zur Einsicht erhalten und eine Stellungnahme dazu abgeben können. Diese will die Bezirksregierung in ihre Entscheidungsfindung mit einbeziehen, wenn auch der Ermessensspielraum der Behörde sehr klein sei, wie uns dargelegt wurde.

Warum wenden wir uns dann an Sie persönlich?

- Weil der Ermessensspielraum der Behörde sehr klein sein soll und der Bau eine große überregional bedeutsame politische Komponente beinhaltet. Der Bau einer **einzelnen 150 m hohen WKA** mitten in einer dafür **völlig ungeeigneten Umgebung in Köln** wird von einem **Unternehmen des öffentlichen Rechts** forciert, das über den Verwaltungsrat u.a. auch von Vertretern Ihrer Partei, kontrolliert wird. Unabhängig davon,

dass diese WKA sich wirtschaftlich nicht rechnet, ist sie vor allem zur Erreichung der klimapolitischen Ziele der StEB bzw. der der Stadt Köln oder des Landes NRW **nicht erforderlich**. Es gibt zu dieser WEA **sinnvolle Alternativen**, wie z.B. eine Beteiligung der StEB am im Kölner Norden geplanten Windpark der Rheinenergie.

- Weil diese sinnvollen **Alternativen** von den StEB systematisch **ignoriert** werden, was einseitig **zu Lasten der von der WKA besonders betroffenen Kölner Stadtteile Stammheim und Flittard** geht.
- Weil es hier um die **Glaubwürdigkeit der Politik** bei der Verfolgung erforderlicher und sinnvoller Maßnahmen zur Energiewende geht, bei denen die Bevölkerung mitgenommen werden muss. Ein wichtiger Schritt dazu ist die Aufstellung von **Regionalplänen** zu erneuerbaren Energien. Diese würden angesichts bestehender Alternativen (auch und insbesondere für die StEB) durch den Bau der geplanten WKA schlicht und einfach **ausgehebelt**. So erreicht man keine Akzeptanz wirklich erforderlicher und sinnvoller Maßnahmen zur Energiewende.
- Weil insbesondere durch die Grünen in Köln, mit denen Sie im Land in einer Koalition sind, die StEB bei dem Bau der WKA stoisch unterstützen und damit eine objektive politische Betrachtung und Bewertung des Vorhabens stark gefährdet ist. Wir sind daher davon überzeugt, dass nicht nur wir, sondern auch Unterstützer unserer Kritik (z.B. der Ortsverband der SPD, Ihre Parteifreunde in der Kölner CDU (z.B. Herrn Petelkau), die Bürgervereine Flittard und Stammheim) Ihre Unterstützung dringend brauchen, um hier **korrigierend einzuschreiten** und wenigstens eine u.E. erforderliche vollständige Umweltverträglichkeitsprüfung durchzusetzen, wenn es nicht gelingen sollte, die Bauplanung politisch zu stoppen, was u.E. oberste Priorität haben sollte. Zudem sehen wir die Chance, dass Sie die Problematik dieses Themas auch mit Ihrem Koalitionspartner, den Grünen, zielorientiert **erörtern** und ggf. **vermitteln** können.

Abschließend möchten wir unterstreichen, dass wir ausdrücklich an einer wirtschaftlich tragfähigen und zugleich umweltverträglichen Lösung interessiert sind – selbst wenn eine strenge Wirtschaftlichkeitsprüfung für das Klärwerk Stammheim rechtlich nicht zwingend wäre. Anstelle einer einzelnen, konflikträchtigen WKA an diesem sensiblen Standort sehen wir zahlreiche Alternativen: eine PPA-Anbindung an externe Windparks (etwa im Kölner Norden), eine deutliche Erweiterung der Photovoltaik-Kapazitäten auf dem Klärwerksgelände, ergänzend innovative, deutlich risikoärmere Konzepte wie Strömungsturbinen im Rhein sowie eine verstärkte Nutzung von Abwärme und Wärmepumpentechnologie. Der Rückzug eines Investors beim Windkraftprojekt in Bornheim zeigt, wie schnell Vorhaben scheitern, wenn sie wirtschaftlich oder standortbezogen nicht überzeugen – ein Negativszenario, das in Stammheim unbedingt vermieden werden sollte. Wir haben den StEB gegenüber bereits unsere Gesprächsbereitschaft signalisiert, um gemeinsam eine für alle Beteiligten bessere, sicherere und akzeptierte Lösung zu entwickeln. Gerade deshalb halten wir eine vollständige Umweltverträglichkeitsprüfung, in der diese Alternativen ernsthaft geprüft werden, für unerlässlich – zumal insgesamt die Frage zu stellen ist, ob die schrittweise Umwandlung des Klärwerks in einen Energie-Industriepark mit all ihren Einzelmaßnahmen im Außenbereich überhaupt noch bauplanungsrechtlich zulässig ist. Wir appellieren daher eindringlich an Sie und die verantwortliche Politik, die Weichen so zu stellen, dass Klimaschutz, Rechtssicherheit und Akzeptanz der Bevölkerung zusammengeführt werden – und dass das Projekt in Stammheim nicht zum Negativbeispiel für die Energiewende in Nordrhein-Westfalen wird.

Für nähere Erläuterung und/oder eine Rücksprache stehen wir gerne zur Verfügung.

In Erwartung Ihrer Antwort verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

Bürgerinitiative Gegenwind, Köln-Stammheim

Wolfgang Mäntele Kirsten Mäntele Judith Yildirim

Andreas Otto Ewa Mones-Otto Siegfried Mandler

Josef Opladen Susanne Hemmer